

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 16.09.2010

Niederschrift

der 30. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur
am Donnerstag, dem 26.08.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:05 - 19:30 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier **Ausschussvorsitzende**
Herr Markus Böhm-Högy
Herr Dieter Gail
Frau Christine Wagener
Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Ika Veronika Bordasch
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Mehmet Tanriverdi (bis 19:17 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Maren Kolkhorst
Frau Susanne Lehne

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis

Außerdem:

Herr Klaus-Dieter Grothe Fraktion B'90/Die Grünen

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	(bis 19:17 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 18:48 Uhr)
Herr Harald Scherer	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Ludwig Brake	Leiter des Stadtarchivs
-----------------------	-------------------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
-------------------	------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Karl-Heinz Funck	Lokale Agenda 21	(bis 18:48 Uhr)
-----------------------	------------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Dieter Geißler	SPD-Fraktion
---------------------	--------------

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung sowie gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Schautafeln Synagoge (Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008, STV/1712/2008); hier: Bericht STV/1712/2008
3. Lokale Agenda 21 Gießen: 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen STV/3102/2010
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 -
4. Mediabus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie STV/3190/2010
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.07.2010 -

- | | | |
|----|---|---------------|
| 5. | Begründung einer offiziellen Städtepartnerschaft mit der chinesischen Kooperationspartnerstadt Wenzhou
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.08.2010 - | STV/3251/2010 |
| 6. | Tatort Klassenzimmer
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.08.2010 - | STV/3256/2010 |
| 7. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Schautafeln Synagoge (Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008, STV/1712/2008); hier: Bericht

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Bericht der Oberbürgermeisterin vom 04.08.2010 mit dem Entwurf einer Gedenktafel vor. *(Die Schriftstücke sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

Oberbürgermeisterin Grabe Bolz erklärt, bei Prüfung in Frage kommender Standorte habe sich die Südanlage als der am besten geeignete herausgestellt. Hier bestehe die Möglichkeit eines öffentlichen Zugangs. Nach Vorstellung des Magistrats solle die Erinnerungstafel im Inneren der Kongresshalle angebracht werden.

Herr Dr. Brake, Leiter des Stadtarchivs, berichtet, bei einem gemeinsamen Rundgang mit der Leiterin der Stadthallen GmbH, habe diese als einzigen sinnvollen Standort die rechte Wand unmittelbar nach dem Eingang angeboten. Er selbst sei mit diesem Platz nicht zufrieden, da die Schautafel dort nur schwer wahrzunehmen sei.

Stv. Prof. Christidis, Die Linke-Fraktion, hält einen Standort, der auch von außen wahrnehmbar ist, für geeigneter. Weiterhin vermisst er auf dem Tafelentwurf die Darstellung von Menschen.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, schlägt als Standort der Tafel den Bereich rechts des Eingangs in der Nähe des Gedenksteins vor.

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, spricht sich dafür aus, die Tafel so anzubringen, dass sie sowohl von innerhalb der Kongresshalle als auch von außen zu sehen ist.

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, plädiert für einen geschützten Standort außerhalb der Kongresshalle.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz bedankt sich für die Beratung und ergänzt, die geäußerten Empfehlungen würden nach Möglichkeit umgesetzt.

Beratungsergebnis:

Der Bericht der Oberbürgermeisterin vom 04.08.2010 wird zur Kenntnis genommen.

3. Lokale Agenda 21 Gießen: 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen **STV/3102/2010**
- Antrag des Magistrats vom 28.05.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Lokalen Agenda 21 für die Universitätsstadt Gießen zur Kenntnis und berät seine Ergebnisse.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich stellt den Bericht mit folgenden Worten vor:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Stadtverordnetenversammlung beauftragte am 19. März 1998 den Magistrat, auf der Grundlage des UN-Aktionsprogramms ‚Agenda 21‘ ein lokales Zukunftsprogramm für das 21. Jahrhundert, die ‚Lokale Agenda 21 Gießen‘, zu erstellen. Dies mit dem Ziel, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen dauerhaft in Einklang mit Umweltbelangen zu bringen. Für diese integrierte Orientierung hat die Stadtverordnetenversammlung am 15. Februar 2001 Ziele in einem ‚Leitbild der Lokalen Agenda 21 für eine nachhaltige Stadtentwicklung‘ beschlossen. Seitdem engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung in zehn ‚Lokale Agenda 21-Gruppen‘ für eine nachhaltige Entwicklung in Gießen.

Um statistisch messen zu können, inwieweit die Ziele der Lokalen Agenda 21 erreicht worden sind, beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 5. Oktober 2004 einen Satz von 36 Indikatoren für die zentralen Handlungsfelder der Stadtentwicklung in den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales sowie Partizipation.

Eine Besonderheit war, dass der Nachhaltigkeitsbericht nicht extern vergeben, sondern von der Lokalen Agenda 21-Gruppe ‚Nachhaltige Entwicklung Gießen‘ erarbeitet

wurde. Dort kamen sowohl engagierte Bürgerinnen und Bürger als auch Expertinnen und Experten aus Fachämtern der Stadtverwaltung und der Universität zusammen. Paten und Patinnen, die sich durch ihre berufliche Qualifikation oder aufgrund ihrer bekundeten Interessenlage in der Thematik des jeweiligen Indikators auskannten, übernahmen die Bearbeitung.

So gab es rund 20 verschiedene Ansprechpartner. Da kann man sich unschwer vorstellen, dass eine Koordination reichlich schwierig war. Ein Hemmnis für eine zügige Zusammenstellung war unter anderem auch die Tatsache, dass die Bearbeitung je nach Person sehr unterschiedlich erfolgte und zwar in qualitativer wie auch in terminlicher Hinsicht.

Für viele Indikatoren war der Zugang zu den Daten schwieriger als bei der Erstellung des Indikatorensatzes vermutet. Daten waren häufig nicht direkt abrufbar und verwertbar.

Zusätzlich stellte sich im Arbeitsprozess heraus, dass der Darstellung und Verständlichkeit wegen einige Indikatoren aufgefächert werden mussten, so dass insgesamt 43 Indikatoren zur nachhaltigen Stadtentwicklung betrachtet worden sind. Der erste Gießener Nachhaltigkeitsbericht ist damit sehr aufwändig erarbeitet worden.

Der Bericht ist eine Pionierarbeit und stellt eine Analyse der bisherigen Nachhaltigkeitsentwicklung in Gießen dar, wenn auch aufgrund des beschriebenen Arbeitsprozesses nicht alle Indikatoren für den gleichen Zeitraum erhoben worden sind.

Die Ergebnisse verweisen auf vielfältige Handlungsmöglichkeiten und können die weitere Zusammenarbeit von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung für eine nachhaltige Stadtentwicklung unterstützen.

Der Agenda-Rat, bestehend aus Vertretern der Lokalen Agenda 21-Gruppen, der Stadtverordnetenfraktionen, Vertreterinnen und Vertreter aus den Dezernaten der Stadtverwaltung, des Ausländerbeirates sowie der Koordinierungsstelle haben den Nachhaltigkeitsbericht beraten. Sie haben im Konsens beschlossen, den Bericht über den Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte um Beratung weiterzuleiten.

Die Lokale Agenda 21-Gruppe ‚Nachhaltige Entwicklung Gießen‘ möchte die Beratungsergebnisse nutzen, um den Indikatorensatz nach Anzahl und Inhalt so zu überarbeiten, damit der nächste Nachhaltigkeitsbericht weniger aufwendig und schneller erarbeitet werden kann. Außerdem sollten mit ausgewählten Indikatoren Handlungsschwerpunkte für eine Verbesserung der Stadtentwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit gesetzt werden.

Die Stadt Gießen gehört zu den wenigen Kommunen in Deutschland, in der die Anstrengung unternommen worden ist, einen solchen Bericht auszuarbeiten.

Die dem Bericht zugrundeliegenden Daten wurden von zahlreichen Institutionen, auch des Landes Hessen und der Wirtschaft, zur Verfügung gestellt.

Es hat sich dabei gezeigt, dass manche gewünschten Daten nicht direkt verfügbar waren. Sie konnten nur durch zum Teil kostenträchtige und zeitaufwendige Recherchen beschafft werden. Eine weitere Hürde war, dass die Stadt sich als Modellkommune für die Ausarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichtes beworben hatte und danach vom Land

Hessen auch fachlich begleitet und finanziell unterstützt wurde. Das bedeutete konkret, dass bestimmte vorgegebene Rahmenbedingungen bei der Ausarbeitung des Berichtes eingehalten werden mussten. Der damit verbundene Praxistest hat Schwierigkeiten aufgedeckt. Die gewonnenen Erkenntnisse für Verbesserungen sollten in das zukünftige Berichtswesen einfließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Mit diesem erstmals für die Stadt Gießen zusammengestellten Daten für 36 Hauptindikatoren ist ein guter Grundstein gelegt, der zur Fortschreibung in kürzeren Zeitabständen, aber mit deutlich weniger Aufwand anregt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal ausdrücklich den engagierten Bürgerinnen und Bürgern danken, die mitgewirkt haben. Ein ganz besonderer Dank geht an Frau Diana Löser, die im Rahmen ihrer Dissertation maßgeblich an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt hat. Nur dadurch konnte dann die trotz aller Schwierigkeiten festzustellende hohe Qualität erreicht werden.

Als weiterer Dank gilt dem früheren Koordinator im Agenda-Büro, dem Kollegen Karl-Heinz Funck. Er hat in diesen Bericht am Ende seines offiziellen Berufslebens noch einmal so richtig viel Kraft reingelegt und es ist ihm ja auch gerade noch so gelungen, fertig zu werden, bevor er in den Ruhestand gegangen ist. Herr Funck ist heute auch als Vertreter der Agenda-Gruppen anwesend, um Anregungen, Kritik, gerne aber auch Lob entgegenzunehmen.

Vielen Dank.“

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, begrüßt den Bericht als eine wertvolle Grundlage der politischen Arbeit der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Prof. Dr. Christidis, Linke-Fraktion, stellt folgende Fragen:

Bedeutet der Kommentar auf Seite 32 des Berichts, dass die meisten Schulabgänger ihre Schulische Laufbahn mit dem Abitur abschließen, dass die Abiturienten die größte Gruppe der Schulabgänger darstellt oder dass über 50 Prozent aller Schulabgänger Abiturienten sind?

Bedeutet die Definition des Indikators auf Seite 18 des Berichts, dass bei der Berechnung der Arbeitslosenquote die Freiberufler nicht berücksichtigt werden und dass bei gleicher Anzahl registrierter Arbeitsloser und abhängiger ziviler Erwerbepersonen eine Arbeitslosenquote von 100 Prozent bestehe?

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Funck ergänzt, die Definition des Indikators sei vom Land Hessen vorgegeben und bei der Erstellung des Berichts nicht verändert worden.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, wünscht sich für zukünftige Berichte eine Aufschlüsselung der Gruppe „anderer Nationalitäten“ bei den Schulabschlüssen auf Seite 34.

Stv. Grothe, Fraktion B'90/Die Grünen, fügt hinzu, dass in dieser Übersicht auch eine Differenzierung nach dem Geschlecht aufschlussreich sein könne.

Auf eine Frage des Stv. Prof. Dr. Christidis antwortet **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, es gebe kaum andere hessische Städte, die einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt haben, so dass ein Vergleich in dieser Hinsicht nicht möglich sei.

Abschließend sagt **Herr Funck**, Vertreter der Agenda-21-Gruppe werden auf die Fraktionen zukommen, um Anregungen für die Weiterentwicklung des Berichts aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. Mediabus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie **STV/3190/2010**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.07.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, sich beim Projektbüro ‚Internet erfahren‘ um den Einsatz des Mediabusses in Gießen zu bewerben.“

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Auf Nachfrage des Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, antwortet **Stv. Wagener**, sie habe sich mittels des Internets über das Projekt informiert. Die Angaben auf der Internetseite seien nicht sehr detailliert und enthielten keine Angaben zur möglichen Verweildauer oder zum Standort des Mediabusses. Sie denke aber, es sei Sache der einzelnen Kommune, in Absprache mit dem Team des Mediabusses, Standorte und Zeiten des Busses festzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Begründung einer offiziellen Städtepartnerschaft mit der chinesischen Kooperationspartnerstadt Wenzhou **STV/3251/2010**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.08.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, mit der Kooperationspartnerstadt Wenzhou in der Volksrepublik China eine offizielle Städtepartnerschaft

abzuschließen. Die grundlegenden Schwerpunkte der künftigen städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Kooperationspartnerstadt Wenzhou und der Universitätsstadt Gießen sollen sich an der ‚Vereinbarung über eine Kooperationspartnerschaft zwischen der Stadt Gießen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Wenzhou in der Volksrepublik China‘ orientieren, die die beiden Oberbürgermeister am 12. Oktober 2004 unterzeichnet haben.

Auf dieser Basis und mit diesen Inhalten ist mit der Kooperationspartnerstadt Wenzhou über die Fassung eines Städtepartnerschaftsvertrag zu verhandeln.“

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor. Sie ist der Überzeugung, dass eine Städtepartnerschaft auch bei einer kritischen Betrachtung der politischen Verhältnisse in China möglich ist. Auch mit Partnern könnten kritische Gespräche geführt werden. Austauschbesuche, beispielsweise auf der Ebene von Jugendgruppen und Vereinen, könnten zu gegenseitiger Annäherung und Verständnis führen.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, vertritt die Auffassung, aufgrund der schwierigen politischen Verhältnisse in China sei die Zeit für eine Städtepartnerschaft mit Wenzhou noch nicht reif. **Sie stellt folgenden Änderungsantrag:**

„Die Kooperationspartnerschaft zwischen der Stadt Wenzhou in der Volksrepublik China und der Universitätsstadt Gießen in der Bundesrepublik Deutschland soll in der bisherigen Weise beibehalten werden.“

Stadtrat Scherer räumt ein, ihm sei bewusst, dass eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in China durchaus Anlass zu kritischen Frage gebe. Der Wunsch nach Umwandlung der bestehenden Kooperation in eine Städtepartnerschaft sei im vergangenen Herbst aus Wenzhou an den Magistrat herangetragen worden. Nach seiner Einschätzung werde, falls die Städtepartnerschaft nicht zustande komme, die Kooperation nicht weiter bestehen bleiben.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, sagt, eine Städtepartnerschaft solle nicht von politischen Systemen abhängig gemacht werden. Es stehe außer Frage, dass China eine Diktatur sei. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den in den siebziger Jahren geprägten Begriff „Wandel durch Annäherung.“

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Tanriverdi, Gail und Prof. Dr. Christidis.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

Der Vorlage STV/3251/2010 wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/LINKE; StE: SPD)

6. **Tatort Klassenzimmer**

STV/3256/2010

- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.08.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, die weiterführenden Gießener Schulen anzuschreiben und diese auf die Wanderausstellung ‚8ung in der Schule‘ hinzuweisen und die Ausstellung nach Gießen zu holen.“

Stv. Kolkhorst, Fraktion Bündis 90/Die Grünen, erklärt, dass die Koalitionsfraktionen dem Antrag zustimmen werden.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, begründet den Antrag kurz.

Stadtrat Scherer fragt, ob der letzte Teil des Antrags so zu verstehen sei, dass die Schulen die Ausstellung nach Gießen holen sollen oder der Magistrat.

Stv. Bordasch antwortet, der Antrag komme von Stv. Tanriverdi, der wegen eines anderen Termins die laufende Sitzung bereits verlassen habe. Nach ihrem Dafürhalten sei der Antrag so zu verstehen, dass der Magistrat die Ausstellung nach Gießen holen solle.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, schlägt vor, dass diese Detailfrage noch mit Stv. Tanriverdi geklärt werden soll. In der Hauptsache bestehe das Einvernehmen, die Wanderausstellung zu den weiterführenden Gießener Schulen zu holen.

Der Vorschlag findet einhellige Zustimmung.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. **Verschiedenes**

- **Stv. Dr. Krautheim** fragt, warum zur Einweihung des Schulhofes der Georg-Büchner-Schule die Fraktionen nicht eingeladen worden seien.

Stadtrat Scherer erklärt, er könne hier keine Auskunft geben, die Zuständigkeit liege bei der Dezernentin des Gartenamtes.

- **Stadtrat Scherer** weist die Ausschussmitglieder auf den am 29.08.2010 von 11:00 - 17:00 Uhr stattfindenden Tag der offenen Tür des Stadttheaters hin.
- **Stadtrat Scherer** informiert, am ersten Wochenende im September fahre eine kleine Delegation in die Gießener Partnerstadt Hradec Kralove, um dort das 20 jährige Bestehen der Städtepartnerschaft zu feiern.

- Weiterhin gibt **Stadtrat Scherer** bekannt, dass zur Zeit ein Jugendchor aus Netanya zu Gast in Gießen sei. Der Chor werde am 31.08.2010 um 19:30 Uhr ein gemeinsames Konzert mit den Chören der Musikschule der Stadt Gießen im Konzertsaal im Stadthaus geben. Der Eintritt sei frei. Er bittet die Ausschussmitglieder, diesen Termin publik zu machen.
- Die **Vorsitzende** teilt mit, die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur finde am 23.09.2010, 18:00 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) B o u f f i e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e